

Die Steine wieder aus dem Weg räumen

LÉTZEBUERGER FLÜCHTLINGSROT Forderungen an politische Parteien vorgestellt

Luc Laboulle

Der Empfang und die Integration von Geflüchteten verläuft nicht ideal. Probleme gibt es nicht nur bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, sondern auch bei der Unterbringung und Rückführung von Asylsuchenden, wie der „Lëtzebuenger Flüchtlingsrot“ (LFR) gestern darlegte.

LUXEMBURG Insbesondere die sogenannten „Dublin-Fälle“ müssten häufig unter unwürdigen Bedingungen in Luxemburg leben, bedauerte der LFR gestern auf einer Pressekonferenz in den Räumen der Caritas. Statt des SHUK und des „Centre de rétention“ oder anderen repressiven Maßnahmen wie die elektronische Fußfessel fordert der LFR offene Strukturen, wo die Menschen auf ihre Rückkehr in ihr

Herkunftsland vorbereitet werden.

Doch auch bei den anerkannten Flüchtlingen liege trotz „Parcours d'intégration accompagné“ (PIA) noch so einiges im Argen, insbesondere in den Bereichen Wohnen und Arbeiten gebe es Probleme, deshalb müsse die Autonomie und Integration von Geflüchteten erleichtert werden, wie Marie-Cécile Charles von der Caritas betonte. Für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge unter 25 Jahren sollte die Regierung die finanzielle Unterstützung erhöhen, um ihre Abhängigkeit vom OLAI zu verringern, fordert der LFR. Vor 2012 bekamen diese Menschen noch 125 Euro, danach wurde der Betrag um 100 Euro gesenkt, um mutmaßlichen „Missbrauch“ zu verhindern. Das europäische Verteilungssystem für Flüchtlinge sei aber mittlerweile so gestaltet,

dass dieser befürchtete „Missbrauch“ nicht mehr möglich sei, hieß es gestern.

Eine bessere Betreuung fordert der LFR auch für traumatisierte Geflüchtete, deren Zahl seit der Eröffnung der Lager in Libyen zunehme.

Nonna Sehovic (Caritas) bedauerte, dass der „Plan d'action national d'intégration“ (PAN) erst kürzlich, drei Jahre nach seinem Ablauf, erneuert worden sei.

Auch auf internationaler Ebene will der LFR die Regierung in die Pflicht nehmen, damit sie sich für mehr Solidarität im Umgang mit Geflüchteten innerhalb der EU einsetzt.

Um den politischen Parteien in Luxemburg Alternativen aufzuzeigen, die sie in ihr Wahlprogramm aufnehmen können, will der LFR sich in den kommenden Wochen und Monaten mit den einzelnen Fraktionen treffen.

Sergio Ferreira von der ASTI äußerte die Befürchtung, dass die Flüchtlingsfrage auch in Luxemburg im Wahlkampf instrumentalisiert werden könnte.

Sicherheitsverwahrung abschaffen

Kritik äußerte der LFR auch an der Verwahrung von Familien und Minderjährigen im „Centre de rétention“. Obwohl das Gesetz von 2015 vorsehe, dass die Haft so kurz wie möglich sein müsse, sei im Februar 2017, entgegen der Empfehlung sämtlicher Menschenrechtsexperten, eine Gesetzesänderung angenommen worden, derzufolge die Dauer der Sicherheitsverwahrung von Familien, die abgeschoben werden sollen, verlängert worden sei, erläuterte Nonna Sehovic (Caritas). In einem kürzlich vom Außenminister deponierten Gesetzesprojekt sei eine erneute Verlängerung von zwei Monaten vorgesehen. Auch

von den „Alternativen“ elektronische Fußfessel und Hinterlegung einer Geldsumme von 5.000 Euro halte der LFR nichts, erklärte Marc Piron von der ASTI. Der Betrag von 5.000 Euro sei unrealistisch und müsse nach unten angepasst werden.

Statt repressiver Maßnahmen fordert der LFR die Schaffung von Rückkehrplätzen in den Flüchtlingsheimen und ein offenes Haus, das auf die Bedürfnisse von Auszuweisenden zugeschnitten ist. Ferner sollten diese Personen im Rahmen eines Programms auf die Rückkehr in ihr Herkunftsland vorbereitet werden, wie es in Belgien der Fall sei.



Foto: Edipress/François Aussems

Sergio Ferreira, Marie-Cécile Charles, Nonna Sehovic, Marc Piron und Cassie Adélaïde

Individuellere Betreuung gebraucht

Während der LFR generell die Einführung eines „Parcours d'intégration accompagné“ (PIA) begrüßt, bedauert er jedoch, dass die Organisationen, die tagtäglich mit den Betroffenen zusammenarbeiten, nicht in die Gestaltung des PIA eingebunden wurden. Auch stellt der LFR fest, dass es an Instrumenten fehlt, die den Flüchtlingen zu mehr Autonomie verhelfen, wenn sie das Heim verlassen. Integrationsministerin Corinne Cahen (DP) hatte im Januar bestätigt, dass fast die Hälfte aller Bewohner in den Flüchtlingsunterkünften den Aufenthaltsstatus schon haben. Wegen fehlendem Wohnraum und schlechtem Zugang zum Ar-

beitsmarkt müssen sie in den Heimen verharren. Um dies zu ändern, schlägt der LFR vor, die Betreuung und Vorbereitung der Flüchtlinge individueller zu gestalten, um eine bessere Integration zu fördern. Mit Sprachkursen und Workshops sollen die Menschen auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden, auch bei der Wohnungssuche und bei der Familienzusammenführung sollen sie begleitet werden. Nicht zuletzt setzt sich der LFR für eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung insbesondere für Asyl-antragsteller (DPI) und Flüchtlinge unter 25 Jahren ein, die kein Anrecht auf das garantierte Mindesteinkommen haben.

SHUK: 60 bis 80% tauchen unter

In der „Structure d'hébergement d'urgence Kirchberg“ (SHUK) werden sogenannte Dublin-Fälle unter menschenunwürdigen Bedingungen in einem Hangar untergebracht, erklärte Cassie Adélaïde von der „Passerell asbl“. Der LFR versteht nicht, wieso die Dublin-Fälle anders behandelt werden als andere Geflüchtete, die in kleineren Unterkünften wohnen. Die Dublin-Regelung sehe vor, dass diese Menschen wie alle anderen Asylsuchenden zu behandeln seien, solange sie nicht in ihr Erstaufnahmeland überstellt wurden, sagte Adélaïde.

Die unwürdigen Bedingungen im SHUK würden dazu führen, dass 60 bis 80 Prozent der dort untergebrachten Menschen während des täglichen Ausgangs flüchten, um unterzutauchen.

Viele davon würden nach Deutschland gehen, weshalb die neue Bundesregierung bereits verschärfte Grenzkontrollen entlang Mosel, Sauer und Our angekündigt habe.

Anstatt die von der Dublin-Verordnung betroffenen Menschen in die SHUK zu stecken, könnte das OLAI sie auch in den „normalen“ Flüchtlingsunterkünften unterbringen, die noch nicht einmal zu 70% belegt seien.

Ferner sei noch unklar, was geschieht, wenn die SHUK geschlossen wird, meinte Cassie Adélaïde. Immigrationsminister Jean Asselborn hatte Mitte Januar angekündigt, dass die SHUK bald durch eine definitive Einrichtung ersetzt werde. Ein geeigneter Ort müsse aber erst noch gefunden werden.

LFR-Mitglieder

Der „Lëtzebuenger Flüchtlingsrot“ (LFR) setzt sich aus folgenden Organisationen zusammen:

- Amnesty International Luxembourg
- „Action des chrétiens pour l'abolition de la torture“ (ACAT)
- „Association de soutien aux travailleurs immigrés“ (ASTI)
- Caritas Luxembourg
- „Comité de liaison des associations d'étrangers“ (CLAE)
- „Centre d'étude et de formation interculturelles et sociales“ (Cefis)
- Passerell Asbl.
- „Reech eng Hand – Tends la main“
- „Médecins du monde“

Mitglied mit Beobachterstatus ist der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR).